

Amtliches Kreis-Blatt

für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreisausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklameweile 10 Pfg.

Abgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Admerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 134

Diez, Mittwoch den 12 Juni 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

N.-Nr. 5855 II.

Diez, den 8. Juni 1918.

Betrifft: Verfütterung von Getreide in grünem Zustande.

Ich mache darauf aufmerksam, daß durch die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 sämtliches Getreide für den Kreis beschlagnahmt und eine Verfütterung von Getreide in grünem Zustande verboten und strafbar ist.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und gegen jede Verfehlung unnachlässigst vorzugehen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thon.

Betr.: Festsetzung von Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelspreisen für das Großherzogtum Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Bekanntmachung.

In Abänderung der Festsetzung unter Ziffer III 1, a, b, c, der Bekanntmachung vom 18. April 1918 werden die Höchstpreise für Spargel herabgesetzt wie folgt:

	Erzeugerpreis:	I. Gruppe		II. Gruppe	
		Großh. preis	Kleinh. preis	Großh. preis	Kleinh. preis
a. I. Sorte	0.70	0.90	1.05	0.83	0.95
b. II.	0.35	0.50	0.65	0.42	0.55
c. Abfall	0.20	0.25	0.30	0.25	0.30

Vorstehende Preisfestsetzungen beziehen sich auf das Pfund und auf marktfähige Ware erster Güte. Die Erzeugerpreise treten am 1. Juni, die Handelspreise am 3. Juni lfd. Js. in Kraft.

Mainz, den 28. Mai 1918.

Hessische Landesgemüsestelle.

Werner, Regierungsrat

Wiesbaden, den 28. Mai 1918.

Bezirksstelle für Gemüse und Obst
für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Droege, Geheimen Regierungsrat.

Betreffend: Festsetzung von Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelspreisen für Frühobst für das Großherzogtum Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichskanzlers vom 3. April 1917 werden mit Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Berlin, für das Gebiet des Großherzogtums Hessen und des Regierungsbezirks Wiesbaden die folgenden Höchstpreise für Frühobst hiermit festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Erdbeeren, I. Wahl.	0.70	0.84	0.98
Erdbeeren, II. Wahl	0.40	0.54	0.68
Walderdbeeren	1.20	1.30	1.50
Johannisbeeren, weiße und rote	0.30	0.39	0.45
Johannisbeer, schwarze	0.45	0.54	0.60
Stachelbeeren, reif und unreif	0.35	0.44	0.50
Brombeeren, in II. Badg.	0.70	0.84	0.98
Breibrombeeren	0.50	0.60	0.70
Himbeeren in II. Badg.	0.70	0.84	0.98
Breibhimbeeren	0.50	0.60	0.70
Heidelbeeren	0.40	0.50	0.60
Breißelbeeren	0.50	0.60	0.70
Saure Kirschen, I. Wahl	0.45	0.55	0.65
Saure Kirschen, II. Wahl	0.25	0.35	0.45
Süße Kirschen, I. Wahl	0.45	0.55	0.65
Süße Kirschen, II. Wahl	0.25	0.35	0.45
Reineclauden	0.35	0.44	0.50
Mirabell, auch Spillinge	0.40	0.49	0.55
Pflaumen, I. Wahl	0.30	0.39	0.45
Pflaumen, II. Wahl	0.15	0.22	0.28
Pfirsiche u. Aprikosen I. Wahl	0.80	0.95	1.05
Pfirsiche u. Aprikosen II. Wahl	0.40	0.55	0.65

Vorstehende Preise beziehen sich auf das Pfund und auf marktfähige Ware erster Güte.

Überschreitungen vorstehender Höchstpreise werden nach dem Reichsgesetz vom 4. August 1914 in der Fassung der Be-

kenntmachung vom 17. Dezember 1917 (R.-G.-Bl. S. 516) mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Eine Überschreitung der Höchstpreise kann auch in unzutreffender Sortierung erblickt werden.

Darmstadt, den 29. Mai 1918.

Hessische Landesobststelle.

Dr. Wagner, Ministerialrat.

Wiesbaden, den 29. Mai 1918.

**Bezirksstelle für Gemüse und Obst
für den Regierungsbezirk Wiesbaden.**
Droegge, Geheimer Regierungsrat.

N.-Nr. 5814 II.

Diez, den 5. Juni 1918.

Betrifft: Gemüse und Obst.

Von der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung in Berlin, sind folgende Sammelstellen für Gemüse und Obst im Unterlahnkreise errichtet und deren Leitung den Herren:

Theodor Bleitgen, Diez,
Wilhelm Reichel, Hahnstätten,
H. Diedrich, Eijighofen,
J. Blumenthal, Rüdorf,
Joh. Dembach, Zollhaus,
Wilhelm Heimann, Schönbörn,
Wilhelm Knapp, Oberneisen,
Heinrich Christ, Klöppel, Bremberg,
Joh. Heinrich Hofmann II., Singhofen,
Philipp Bender, Singhofen

übertragen worden.

Der Vorsitzende des Kreislandesausschusses.

Lhon.

I. 7862.

Diez, den 7. Juni 1918.

An die Magistrate Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Ich lasse Ihnen mit nächster Post ohne Anschreiben ein Plakat „Sammelt Obstkerne zur Delgewinnung“ mit dem Ersuchen zugehen, für dessen sofortigen Aushang an geeigneter Stelle besorgt zu sein, nachdem auf der im Plakat vorgesehenen, rot umklammerten Stelle die betreffende Schulsammlung eingetragen ist.

Der Königl. Landrat.

Lhon.

Nichtamtlicher Teil

Französischer Abendbericht vom 9. Juni.

Die neue Offensive, die heute früh von der deutschen Armee begonnen wurde, entwickelte sich mit Heftigkeit und wird auf einer Front von 35 Km. zwischen Montdidier und der Oise aufrecht erhalten. Der Feind verdoppelt mit erheblichen Kräften seine Anstrengungen, um unsere Linien einzustoßen. Unsere Truppen haben überall den Stoß aufgehalten. Sie liefern auf der ganzen Kampflinie hartnäckige Kämpfe, durch welche der feindliche Stoß ernstlich aufgehalten oder verlangsamt wurde. Auf dem linken Flügel gelang es den Deutschen nicht, unsere Deckungszone zu überschreiten; sie sind durch unsere Truppen auf der Linie Rubescourt-Le Pretot, welche sie erreicht haben, nachdrücklich festgehalten worden. Im Zentrum war der feindliche Vorstoß fühlbarer. Nach verschiedenen von den deutschen Truppen ausgeführten mörderischen Angriffen gelang es ihnen, in den Dörfern Reffons-sur-Matz und Marienl Fuß zu fassen, wo unsere Einheiten der ersten Linie die Verteidigung Schritt für Schritt fortsetzen. Auf unserem rechten Flügel begegnet der Feind nicht weniger nachhaltigem Widerstande. Trotz seiner wiederholten Anstrengungen haben wir uns auf der Front Belval-Gannectancourt-Wille behauptet.

Oesterreich-Ungarn.

Der Prozeß gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Hilfskorps.

WTB. Marmaros Sziget, 10. Juni. Meldung des Wiener Korr.-Büros. Heute begann auf der Expositur des Feldgerichts des 7. Generalkommandos in Marmaros Sziget die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Hilfskorps. Obwohl nach der Militär-Strafprozessordnung die Hauptverhandlung bei Verfahren im Felde in der Regel nicht öffentlich ist, wurde auf Antrag der Verteidiger die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung verfügt. Der Antrag der Verteidiger, die Hauptverhandlung in polnischer Sprache durchzuführen, wurde abgelehnt unter Hinweis darauf, daß das Feldkriegsgericht sich auf ungarischen Gebiete befinde, wo die polnische Sprache nicht zu den landesüblichen gehöre und die Abweichung von der Dienstsprache eine erhebliche Erschwerung und Verzögerung im Verfahren nach sich ziehen würde. Es stehe ein bewährter Dolmetscher zur Verfügung. Die Verteidiger beherrschen vollständig die deutsche und polnische Sprache und auch ein Teil der Angeklagten verstehe und spreche deutsch. Hierauf wurde die umfangreiche Anklageschrift verlesen. Die Anklage lautet auf Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates, begangen in Kriegszeiten ohne Einverständnis mit dem Feinde durch unbedingte Werbung und Stiftung eines Desertationskorps, Meuterei, Empörung, Diebstahl und öffentliche Gewalttätigkeit. Nach der Verlesung der Anklageschrift begann die Vernehmung eines der Hauptangeklagten, des Regimentshauptmanns, Intendanten Dr. Roman Gorecki. Dieser erklärte sich als nicht schuldig und betonte, daß die infolge des Brest-Litowsker Friedensvertrages unter der polnischen Nation hervorgerufene Mißstimmung wegen der Einverleibung der polnischen Gebiete in die Ukraine, die Gerüchte über eine Auflösung der polnischen Legionen, der Rücktritt der polnischen Regierung und die Demission des Regentschaftsrates, die Legionäre in ein unhaltbares Verhältnis zu der polnischen Öffentlichkeit und in Widerspruch mit ihren militärischen Pflichten gebracht haben. Die weitere Vernehmung Goreckis erfolgt am Montag.

Dänemark.

WTB. Stockholm, 10. Juni. Svensk Handelstidenen teilt mit: Eine größere Anzahl schwedischer Firmen erhielt gestern die Mitteilung, daß zwischen England und Dänemark eine Verabredung getroffen worden sei, wonach alle auf Island befindliche Wolle England zugesichert wird. Diese Mitteilung erregte Bestürzung, weil die schwedischen Firmen bedeutende Wollpartien auf Island haben und die Engländer alle Wolle vom 9. 6. zum Preise von 4 Kronen das Rg. übernehmen sollen. Da der Selbstkostenpreis für die schwedischen Firmen aber 6 Kronen beträgt, würde die Übernahme einen bedeutenden Verlust für diese bedeuten. Das Blatt fordert das schwedische Ministerium des Aeußern auf, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, da hier ein Eingriff in die Gerechtsame des schwedischen Geschäftslebens zu befürchten sei.

Belgien.

WTB. Bern, 10. Juni. Zum Rücktritt des belgischen Ministerpräsidenten Brocqueville schreibt Echo de Paris: Brocqueville tritt kurz vor dem Zusammentritt der in Frankreich und England ansässigen Mitglieder des belgischen Parlaments zurück. Man kann nicht behaupten, daß Brocqueville die Zusammenkunft ermutigt habe. Zum ersten Mal seit vier Jahren wird die belgische Regierung ihre Haltung in zahlreichen Fragen der belgischen Zukunft, wie der Flamenfrage usw., genau darlegen müssen.

Niederlande.

WAB. Haag, 10. Juni. Der Nieuwe Courant veröffentlicht eine Berichtigung zu der Rede, die der Minister des Aeußern Loubon bei der Eröffnung der Kriegsgefangenenkonferenz am Samstag gehalten hat. Danach sagte der Minister: Wenn Holland, das mitten zwischen den kriegführenden Ländern liegt, und das infolge des Krieges immer Entbehrungen zu erdulden hat, sich nicht erlauben kann, durch mehr Gastfreundschaft in seinem Lande zur Vinderung beizutragen, so wird man doch auf seine Bereitwilligkeit rechnen können, bei der Durchreise der auszuwechselnden Gefangenen jede Hilfe und Vergünstigung zu gewähren.

Frankreich.

WAB. Bern, 10. Juni. Matin veröffentlicht eine vergleichende Aufstellung über die Bevölkerungsziffern der Großstädte Frankreichs 1914 gegen Anfang 1918. Sämtliche Städte weisen einen großen Bevölkerungszuwachs auf, was besonders auf die Ausdehnung der Fabriken und die Zuwanderung von Ausländern, namentlich Kolonialarbeitern nach den großen Industriezentren zurückgeführt wird. Das Blatt gibt folgende Zahlen in tausenden von Einwohnern: Marseille früher 600, jetzt 947, Lyon 530, jetzt 749, Bordeaux 361, jetzt 325, Bordeux von Bordeaux 88, jetzt 121, Nantes 170, jetzt 190, Toulouse 150, jetzt 210, Nizza 142, jetzt 180, Havre 133, jetzt 150, wobei die Garnison sowie 30 000 Fremde und 80 000 Flüchtlinge nicht mitgezählt sind, Toulon 104, jetzt 120, Dreux 90, jetzt 125, Rennes 79, jetzt 96, Dijon 76, jetzt 89, Orleans 72, jetzt 110, Lemans 69, jetzt 98, Tours 67, jetzt 100, Cherbourg 36, jetzt 41, Tantes 29, jetzt 42; das Arsenal von Tarbes allein beschäftigt augenblicklich über 16 000 Arbeiter.

England.

Die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen

Haag, 10. Juni. (3b.) Nach der Times hat die britische Regierung im Unterhaus leghin auf eine Frage mitgeteilt, daß sich zurzeit 65 000 deutsche Kriegsgefangene in England befinden, von denen 42 000 in landwirtschaftlichen Betrieben, Strengruben und bei Wegebauten, andere mit Arbeiten im Interesse der Landesverteidigung beschäftigt sind. Der staatliche Kontrolleur für Bergwerkswesen erwägt zurzeit die Einstellung deutscher Kriegsgefangenen in den englischen Kohlenbergwerken, doch stehen dem vorläufig noch große Schwierigkeiten entgegen.

Großrußland.

Die Tschecho-Slowaken.

WAB. Kiew, 10. Juni. Nach Meldungen der Moskauer Presse stehen die Hauptkräfte der tschecho-slowakischen Truppen, etwa 15 000 Mann, im Gebiet von Tscheljabinsk, wo sie einen Teil der sibirischen Bahn besetzt und Waffen und Artillerie erbeutet haben. Die Truppen der Ratsregierung haben Tscheljabinsk geräumt und sich bei Slatoust konzentriert. In den bei dieser Stadt ausgefochtenen Kämpfen sind die tschechischen Truppen geschlagen worden. Eine andere Gruppe der tschechischen Aufrehrer steht bei Samara, dessen Lage gefährdet sein soll. Eine dritte Gruppe Tschecho-Slowaken hat sich der sibirischen Magistrale Nowo Nikolajewsk bis zum Taigan bemächtigt. Der direkte Drahtverkehr mit Ost-Sibirien soll unterbrochen sein. Nach Meldung der Zeitung Nasche Rodina stehen die tschecho-slowakischen Truppen unter dem Schutz der vier Ententestaaten England, Frankreich, Italien und Amerika, die an die Ratsregierung die Forderung gestellt haben, daß den tschecho-slowakischen Truppen die Waffen gelassen werden.

Zu den Friedensbesprechungen Quidde, Heron.

WAB. Bern, 10. Juni. Der Daily Mail wurde kürzlich berichtet, daß Prof. Quidde im Auftrage des deutschen Reichskanzlers dem in der Schweiz lebenden amerikanischen Prof. Heron die deutschen Friedensbedingungen mitteilte und von diesem empört zurückgewiesen worden sei. Diese Meldung diente der ententistischen Presse zu einer geräuschvollen Kampagne gegen die angeblichen deutschen Friedensbemühungen. Der bekannte holländische Pazifist Jond von Doken-Donk deutet in seinem Korrespondenzblatt „Stimmen der Vernunft“ die verlogene Darstellung der Daily Mail auf. Er teilt mit, daß er die Initiative zu der Unterredung ergriffen habe, daß er an ihr teilnahm, daß Heron selbst strenge Vertraulichkeit der Verhandlungen als Bedingung stellte und Quidde in keinem Auftrage, sondern als Privatmann über den Stand der Friedensfrage sprach, ferner, daß Heron ihn sehr freundlich aufnahm und zu weiteren Besprechungen aufforderte. In der Unterhaltung stellte Quidde fest, daß die Friedensresolution an Anhängern verloren habe, und daß dies zum Teil auf die Schuld der Entente zurückzuführen sei und auf ihre bestimmte Weigerung, auf den Friedensvorschlag einzugehen, daß er aber hoffe, man würde auf die Resolution zurückkommen und die Entente ihre Haltung ändern. Des weiteren sprach Quidde den Wunsch aus, Präsident Wilson möge sich durch genaue Kenner der Verhältnisse in Europa hierüber aufklären lassen. Jond van Doken-Donk, der, wie gesagt, den Verhandlungen beiwohnte, spricht seine Enttäuschung aus über die völlig falschen Berichte, für die Heron verantwortlich sein. Der holländische Pazifist erklärt wörtlich: „Ich glaube nicht, daß Präsident Wilson es billigt, wenn einer seiner Landesgenossen im neutralen Ausland vorgibt, das Vertrauen des Präsidenten zu besitzen und gleichzeitig die mit den vertraulichen Besprechungen verbundene Schweigepflicht bricht, indem er zudem den Inhalt falsch veröffentlicht. Ist es nicht Zeit, daß Präsident Wilson verstehen läßt, daß solche Politik weder seinen Beifall, noch sein Vertrauen besitze.“ Es ist zu begrüßen, daß durch diese Erklärung eines einwandfreien Zeugen die jüngsten Ententemandover aufgedeckt und die eigentümlichen Umtriebe des Herrn Heron, des Vertrauensmannes Wilsons, endgültig gebrandmarkt worden sind.

Die rumänische Erdölindustrie nach dem Friedensvertrag.

Der Kranz von Verträgen, der die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten regelt, hat als wichtigstes Teilstück den Petroleumvertrag, der die Ausbeutung der rumänischen Oelländereien für die Zukunft unter deutschen Einfluß stellt. Es ist noch ein zweiter Vertrag über ein Monopol des Petroleumhandels in Rumänien abgeschlossen worden, dessen Wirksamkeit jedoch noch von weiteren Verhandlungen abhängt. Was den ersten Vertrag über die Pachtung und Ausbeutung der rumänischen Oelländereien betrifft, so enthält er durchaus nicht ausschließliche Vorteile für die Mittelmächte. Die rumänische Petroleumindustrie litt bisher unter Organisationslosigkeit. Der große Reichtum des Landes konnte nicht in dem Maße ausgebeutet werden, wie es im Interesse der rumänischen Volkswirtschaft geboten gewesen wäre. Der rumänische Staat besaß zwar selbst den größten Teil der Oelländereien. Die bekannte Miswirtschaft der rumänischen Regierung, die ja im Laufe des Krieges genügend enthüllt worden ist, hatte aber auch die Erschließung des Gelblandes verhindert. Bei der Vergebung der Oelländereien wollten alle möglichen Gruppen von Politikern berücksichtigt sein und Vorteile genießen. Es gab Eifersucht

in dem Wettbewerbs um die Öelländer, deren schätzbare Erzeugung noch dadurch vergrößert wurde, daß Finanzkreise der verschiedenen Länder wechselweise die maßgebende Regierungen belagerten, um Konzessionen zu erlangen. Wer nur einigermaßen den Gang der rumänischen Politik kennt, weiß, in welchem Umfange dabei mit Trinkgeldern gearbeitet worden ist. Die Folge davon war, daß großzügige Pläne der Erschließung dieses nationalen Reichtums verhindert wurden. Auch wurde nur mit großer Mühe eine Einigung über den Bau der Röhrenleitung nach Konstanza zwischen den verschiedenen Interessenten zustande gebracht. Die in Rumänien arbeitenden Petroleumgesellschaften wurden, gleichgültig welcher Nationalität sie waren, von den Regierungsstellen und den lokalen Behörden schikaniert, um wiederum Trinkgelder herauszupressen. Nicht das Land Rumänien, sondern einzelne bevorzugte Gruppen zogen den Nutzen aus den Petroleumreichen. Dieser Art Wirtschaft ist jetzt ein für alle mal ein Kegel vorgezogen dadurch, daß eine einzige Pachtgesellschaft die Verwaltung der gesamten Petroleumerzeugung in ihre Hand nimmt. Rumänien ist in hohem Grade an der Pachtgesellschaft beteiligt, wie die Einzelheiten des Vertrages erkennen lassen. Es erhält nicht nur den namhaften Anteil von 25 Prozent aus dem Kapital der Gesellschaft, sondern auch hohe Gebühren von der Petroleumförderung aus den Staatsländereien, schließlich noch einen Gewinn an den Verdiensten der Gesellschaft. Alle diese Einnahmen fließen nun freilich nicht mehr in die Tasche von Politikern, von Finanzgruppen, sondern in die rumänische Staatskasse und müssen dort öffentlich zum allgemeinen Wohl verrechnet werden. Die einzelnen Interessenten haben davon freilich einen Nachteil, das rumänische Volk dagegen einen Vorteil. In Zukunft wird der gesamte Reichtum des Landes an Petroleum mobilisiert. Die Bohrung und Petroleumgewinnung wird nach einem einzigen großen Plane vorgenommen, dem sich alle Beteiligten im Interesse des Ganzen fügen müssen. Der Transport geschieht nach einheitlichen Gesichtspunkten, ebenso die Raffinierung des Erdöls. Da die rumänischen Petroleumvorräte auch bei intensiver Bearbeitung noch auf kaum absehbare Zeit reichen, so bringt ihre Mobilisierung dem Lande keinen Verlust an Bodenschätzen, dagegen in großem Umfange Kapital ins Land. Kapital, das zur Gründung anderer für Rumänien so notwendiger Industrien dienen wird. Je stärker die Petroleumerzeugung Rumäniens vorschreitet, je mehr sich die deutsche Wissenschaft mit der besten Ausnutzung des Erdöls beschäftigt, desto größer ist auch der Vorteil Rumäniens gegenüber dem Zustand vor dem Kriege. Mit einem Schlage hat die Kriegsgewalt die Sonderinteressen, die verfehlten Ausbeutungsverfahren, die ungünstigsten Konzessionen, die Zersplitterung der Bohrungen und des Petroleumtransportes beseitigt. An die Stelle vieler gegeneinander arbeitender Unternehmen wird eine einzige einheitliche rumänische Petroleumindustrie treten. Die Vorteile einer modernen großindustriellen Organisation sind für Rumänien mindestens ebenso groß wie für die Mittelmächte.

Aus dem Gerichtssaal.

* Die Einbrüche der Langfuhrer Primaner beschäftigte das Gericht in Danzig. Fünf Burschen, die den besseren Bürgerfamilien entstammen, wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Es handelte sich um 36 Einbrüche, bei denen Sachen im Werte von 50 000 Mark erbeutet wurden. Die Burschen führten bei ihrer nächtlichen Arbeit Hirschfänger, Dolch und Revolver bei sich. Sie arbeiteten mit Nachschlüsseln und Stemmeisen. Eine Erklärung für das rätselhafte Auftreten der Bande ist, daß die Burschen, nachdem ihnen kleinere Erfolge gelungen waren, nach und nach zu größeren Unternehmungen übergingen.

Brände.

WTW. Konstantinopel, 9. Juni. Tasvir-i-Efkar zufolge wird die Zahl der bei dem großen Brande in Stambul eingeäscherten Häuser auf mindestens achttausend mit einer Gesamtbodenfläche von wenigstens 2,5 Millionen Quadratmetern geschätzt. In den letzten zehn Jahren wurden durch große Brände ungefähr 20 000 Häuser mit einer Bodenfläche von mehr als 4,5 Millionen Quadratmetern, das ist ungefähr ein Drittel der Ausdehnung der Stadt, vernichtet.

Vermischte Nachrichten.

* Meuterei russischer Gutsarbeiter. Die auf dem Gute Lubosch bei Pinne beschäftigten 54 gefangenen Russen versuchten in einer der letzten Nächte zu entfliehen. Da von dem Unternehmen schon etwas verlautet war, hatte man Wachmannschaften berufen, um jeden Fluchtversuch zu verhindern. Als die Russen aus ihren Unterkunftsräumen ausbrachen und trotz Halterufs nicht zurückgingen, wurde ein Schuß auf sie abgegeben, durch den einer der Flüchtlinge niedergestreckt wurde. Nun machten die anderen kehrt, nicht ohne daß einer von ihnen noch dem Erschossenen seine Wertsachen und Taschenuhr schnell abgenommen hätte. Sechs Räufel führer wurden nach dem Gefangenenerlager in Stralkowo übergeführt.

* FeuerTod einer Greisin. In Jany (Württ.) wurde die 85 Jahre alte Frau Kurz beim Begheben eines Kartoffeltopfes vom Herd von den Flammen ergriffen. Man fand sie als verkohlte Leiche neben dem Herd auf.

Holzversteigerung.

Am Montag, den 17. Juni 1918, von vormittags 10 Uhr ab, werden folgende Hölzer öffentlich versteigert:

a) Distrikt Dietrichsdell 41a.

10 Am. Eichen-, Buchen- und Nadelholzscheit, Knüppel und Reiserknüppel,
10 Buchenwellen.

Distrikt Ruschel 24.

13 Am. Eichen-, Weichholz- und Nadelholzscheit und Reiserknüppel.

Distrikt Eisenhöll 22.

14 Am. Eichen- und Weichholzscheit und Reiserknüppel.

Distrikt Flachsgarten 13 und 14.

16 Am. Eichen-, Buchen- und Nadelholzscheit und Reiserknüppel.

Distrikt Buchholz 12.

11 Am. Eichen-, Buchen- und Nadelholzscheit, Knüppel und Reiserknüppel.

Distrikt Mahbuch 9.

4 Am. Eichen-, Weichholz- und Nadelholzscheit und Reiserknüppel.

Zusammenkunft an dem Tannenbestand Dietrichsdell auf der Straße Oberlahnstein-Forsthaus-Beckeln.

Der erste Versteigerungstermin vom 14. ds. Mts. wird hiermit aufgehoben.

Oberlahnstein, den 10. Juni 1918.

Der Magistrat.

Suche zum sofortigen Eintritt einen

Schmiedelehrling.

Wilh. Scheuern, Nassau,
Schmiedemeister.